



Stetshabender Abonnementspreis in Breslau 5 Mark, Wochen-Abschreib. 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Inseratsgebühren für den Raum einer sechsstelligen Zeitungs-Zeile 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Erpedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Buchhaltungen Aufträge auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 226. Mittag-Ausgabe.

Siebenundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Dinstag, den 16. Mai 1876.

Deutschland

O. C. Landtags-Verhandlungen.

55. Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 15. Mai.

10 Uhr. Am Ministerische v. Kamade, Friedenthal, Geh. Räte Bahlmann, Rüdorff, Varisch u. A.

Vor dem Eintritt in die Tagesordnung berichtigt Abgeordneter Hansen die irrthümliche Wiedergabe einer Stelle seiner Rede von letzter Sitzung in der Tagespresse, wonach ihm als seine persönliche Ansicht die Worte in den Mund gelegt sind, daß in Schleswig-Jütland mit Ausnahme des Nördens der deutschen Sprache völlig mächtig sei. Er habe diese Worte nicht als seine eigene Ansicht, sondern als ein Citat des bekannten Erfinders des Eiderprogrames, des späteren Ministers Dr. Lehmann aus dem Jahre 1836, angeführt. Er selbst mißbillige den Ausdruck „Norden“ und schide ihn nach Kopenhagen, dem Geburtsort desselben zurück, als unanwendbar für unsere schleswighen Verhältnisse.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die dritte Beratung des Gesetzesentwurfs, betreffend die Ablosung der Kirchen, Pfarren, Küstereien und Schulen zugehörigen Holzabgaben im Gebiete des Regierungsbezirks Wiesbaden und in den zum Regierungsbezirk Kassel gehörigen vormals großherzoglich besessenen Gebietsstellen. Der Entwurf wird ohne Discussion nach den Beschlüssen der zweiten Lesung angenommen.

Es folgt die dritte Beratung des Gesetzesentwurfs, betreffend die Befreiung einzelner kirchlicher Abgaben und Leistungen für Schul-, Communal- und Armenzwecke.

§ 2 lautet in der Fassung der zweiten Lesung: Die an der Erweiterung der Laufen, Trauungen und kirchlichen Begräbnissen für Schul-, Communal- und Armenzwecke zu entrichtenden Abgaben, sowie die auf den §§ 4, 5, 13 und 17 der Principia regulativa vom 30. Juli 1736 oder auf Verordnungen oder Herkommen beruhenden Verpflichtungen kommen vom 1. Januar 1877 in Wegfall.

Von dem Abg. Launstein wird beantragt, die Fassung der Regierungsvorlage wieder herzustellen, d. h. die gestrichenen Worte zu streichen, die in zweiter Lesung auf Antrag der Abgeordneten Windhorst (Vielefeld) resp. Richter (Sangerhausen) hinzugefügt wurden.

Abg. Launstein bittet dringend, die beiden in zweiter Lesung beschlossenen Abänderungen der Regierungsvorlage zu streichen. Man dürfe nicht verschließen, deren finanzielle Tragweite sich ganz und gar nicht übersehen lasse. Ein solcher Beschluß aber sei die Aufhebung der kirchlichen Abgaben von Begräbnissen. Niemand im Hause und selbst die Regierung wisse nicht anzugeben, in welchem Umfang gegenwärtig in Preußen derartige Abgaben von Begräbnissen beständen, und wer die Betroffenen, die doch einen vollständig berechtigten Anspruch auf Ersatz haben, für den Ausfall entschädigen solle. Was die zweite Abänderung betreffe, die Hinzufügung der Worte „auf Verordnung oder Herkommen“, so sei diese völlig unverständlich und daher in keinem Falle aufrecht zu erhalten.

Nachdem der Regierungskommissar Geh. Rath Bahlmann gleichfalls die Wiederherstellung der Regierungsvorlage empfohlen, insbesondere aber die Beibehaltung der Worte „auf Verordnung oder Herkommen“ als unannehmbar bezeichnet hat, werden unter Ablehnung des Antrags Launstein die Worte „oder auf Verordnungen oder Herkommen“ gestrichen und der demgemäß modificirte § 2 der zweiten Lesung angenommen. Demnach wird der ganze Gesetzesentwurf definitiv in dritter Lesung genehmigt.

Den nächsten Gegenstand der Tagesordnung bildet die erste Beratung des Gesetzesentwurfs, betreffend die Umwandlung des Zeughauses zu Berlin in eine Ruhmeshalle für die preussische Armee.

Abg. Richter beantragt, die Vorlage zur Vorberatung an die Budgetcommission zu verweisen.

Abg. Windhorst (Vielefeld): Es giebt wohl kein Mitglied in diesem Hause, welches nicht gern bereit wäre, den Thaten und Siegen unseres Heeres bereitwillig Anerkennung zu zahlen, und dem Gefühle der Dankbarkeit durch äußere Ehren und durch Bewilligung der weitesten Mittel einen entsprechenden Ausdruck zu geben. Die ganze Nation hat das Gefühl geteilt und hat in großartigem Maße ihrerseits den Dank des Vaterlandes ausgesprochen; die Vertreter des Volkes im Reichstage haben allen Anforderungen Seitens der Reichsregierung in Bezug auf die Heeresorganisation. In Bezug auf die Verbesserungen des Heeres, in Bezug auf den Invalidenfonds und alle sonstigen militärischen Wünsche, die den Reichstag so oft in den letzten Jahren beschäftigt haben, freudig entsprochen, und die herrlichen Denkmäler, welche überall in allen Gauen unseres Vaterlandes errichtet worden sind, werden für ewige Zeit Zeugnis geben von dem Enthusiasmus, mit dem vom ganzen Volke die Thaten und Siege unseres Heeres gefeiert worden sind. Aber das schönste Denkmal unseres Heeres und seiner Thaten ist die Errichtung des Deutschen Reiches selbst, welches fest und unerschütterlich ruhen soll auf dem einen mächtigen Kaiserthum, auf der einheitlichen Heeresorganisation, auf dem Parlamente und auf der einheitlichen Gesetzgebung, die wir ja noch fertig zu stellen im Begriff sind. An diesen Grundpfeilern unseres Reiches dürfen wir nicht rütteln. Es ist vielmehr unsere Pflicht, jeden, selbst auch den leisesten Verdacht von uns abzuwenden, als wenn wir, die leitende Macht, nicht im Stande wären, uns dem großen Gedanken der Einheit unterzuordnen; es würde ein schwerer Fehler sein, wenn gerade Preußen sich zu Maßregeln verleitete, welche geeignet erscheinen könnten, die kaum vernarbten Wunden wieder aufzureißen und die allen, glückselig befeitigten Gegenstände aus der Welt zu werfen.

Was soll man aber dazu sagen, wenn jetzt uns eine Vorlage gebracht wird, die fünf Jahre nach der Errichtung des deutschen Kaiserreichs, fünf Jahre, nachdem die deutsche Nation zum ersten Male wieder sich zusammengefaßt hat, sich ihrer Größe wieder bewußt geworden ist, von einer preussischen Nation spricht, die, wenn sie jemals existirt hätte, jetzt jedenfalls verschwunden sein würde; wenn man fünf Jahre nach der Zeit, in der die deutschen Heere aus allen Staaten unseres Vaterlandes gemeinschaftlich auf den französischen Schlachtfeldern gekämpft, geblutet und gesiegt haben, jetzt wieder in der Hauptstadt des Deutschen Reichs, in der Hauptstadt des ersten Staates Deutschlands eine Ruhmeshalle, ein Ehrenzeichen errichten will für eine preussische Armee, die wir als existirend nicht mehr anerkennen können? (Sehr wahr! Hört! Hört!) In gewöhnlichen Zeiten könnte man dies widersprechende Gefühl, was uns lebendig erfüllt hat, vielleicht beruhigen; aber in der Zeit der Noth und des Glanzes, in der Handel und Wandel darniederliegen, in der ganze Massen des Volkes darauf warten, daß ihre mangelnden Kräfte ergänzt und ersetzt werden durch die Hilfe des Staates, in dem Augenblick, wo wir wichtige Vorlagen von der Regierung erwarten, um dem Nothstand der Ueberfluthungen abzuhelfen, wenn in solcher Zeit große Anforderungen an uns gestellt werden, bloß um ein äußeres Zeichen kriegerischen Ruhmes zu errichten, dann ist der Verdacht einer besonderen Abhängigkeit, der Verdacht partikularistischer Annäherungen und damit ein Mißtrauen gerechtfertigt, welches lediglich der warmen Liebe zum Vaterlande und dem Wunsche seiner Kraft und Einheit entspringt. Es wäre in dieser traurigen Zeit der höchste Ruhm unserer Nation, sich wieder aufzuheben von dem Ruin, und die schönste Aufgabe des Staates, der Noth und dem Glanz zu begegnen, unter dem das ganze Volk in Folge einer unerhörten wirtschaftlichen Krisis so schwer zu leiden hat; und es scheint mir im höchsten Grade bedenklich zu sein, in diesem Augenblick 6 Millionen zu fordern, um dem unbefristeten, allgemein anerkannten Ruhme der deutschen Nation ein neues Zeugnis zu geben, dessen wir gar nicht bedürfen. (Sehr richtig!) Ich will mich nicht weiter auf die Sache einlassen, ich bin dazu auch außer Stande, weil uns die Motive der Vorlage nicht die geringste Auskunft über die Nothwendigkeit oder Zweckmäßigkeit der gestellten Forderung geben. Es sind uns eigentlich gar keine Motive, sondern nur trodene mathematische Berechnungen mitgetheilt, die wir gern und vertrauensvoll den betreffenden Baumeistern überlassen hätten. Aus diesen Gründen bin ich von meinen politischen Freunden beauftragt, den Antrag zu stellen, die Vorlage im Hause weiter zu beraten; wir glauben nicht, daß die Bedenken, die ich betont habe, in einer Commissionsberatung gehoben werden können. Im Namen meiner politischen Freunde stelle ich daher diesen Antrag mit der ausdrücklichen Erklärung, daß wir gesonnen sind, gegen die Vorlage zu stimmen. (Lebhafter Beifall links.)

Der Kriegsminister: Die Vorlage giebt mir zum ersten Male Gelegenheit, vor dem preussischen Abgeordnetenhaus als preussischer Minister zu erscheinen. Wenngleich die Freude hierüber ein wenig dadurch gemindert wird, daß bereits ein so scharfer Angriff gegen die Vorlage gemacht worden ist, so muß ich doch zunächst erklären, daß von einer partikularistischen Richtung, die dies Gesetz enthalten soll, füglich nicht die Rede sein kann. In diesem Augenblicke sind wir nicht im Stande, von der Geschichte eines deutschen Heeres zu sprechen, wir sind aber wohl im Stande, von einer Geschichte des preussischen Heeres zu sprechen, das seit langen Jahren sich entwickelt, Thaten gethan hat, die eben dahin geführt haben, daß das, was der Herr Vorredner als den höchsten Ruhm des Heeres hinstellt, das Deutsche Reich hat errichtet werden können. Wenn aber in einem solchen Augenblicke es gewissermaßen eine ganz natürliche Sache ist, daß man einen Rückblick auf das that, was eben bisher geschehen ist, so möchte sich auch der Gedanke durchaus berechtigt erweisen, daß man die Anerkennung documentirt und namentlich die Sammlung der Erinnerungen aus den früheren Jahren jetzt bewerkstelligt, wo wir eben in eine neue Epoche, in eine neue Ära eingetreten sind. Dies ist der Gedanke, der zunächst dahin geführt hat, die Umwandlung des Zeughauses in eine Ruhmeshalle für die preussische Armee vorzunehmen. Diese sogenannte Ruhmeshalle soll zunächst dasjenige, was die Armee seit ihrem Entstehen geleistet hat, Allen, auch den Nichtgelehrten, zur Anschauung bringen, sie soll die Armee in ihren verschiedenen Epochen, in ihren Bewaffnungen, ihren Einrichtungen darstellen, es sollen die gesammelten Trophäen geordnet und verständlich aufgestellt werden. Dies ist ein Gedanke, den Sie in allen anderen Staaten bereits verwirklicht finden, Sie finden in allen Hauptstädten der anderen Nationen derartige Hallen, wenn sie auch nicht immer Ruhmeshallen heißen. Es wird dadurch ein berechtigtes vaterländisches Selbstgefühl erweckt; die Thaten der hervorragenden Männer und der Fürsten, die das Volk geführt haben, gehen nicht verloren, und auch die Anstrengungen, die das Land selbst gemacht hat, bekommen einen Ausdruck und bleiben in der Erinnerung.

Wenn die Herren meinen, daß es partikularistisch sei, wenn wir jetzt für Preußen eine solche Halle errichten, so möchte ich daran erinnern, daß auch in unseren mitdeutschen Armeen, in Sachsen, in Bayern und sogar in den Kleinstaaten, die jetzt in die preussische Armee einverleibt sind, derartige historische Sammlungen bestehen, wenn sie auch nicht gerade den Namen „Ruhmeshalle“ haben. Ich möchte daher bitten, daß die Herren dem Gesetzesentwurf die Aufmerksamkeit schenken, die er von dieser Seite verdient. Aber auch die zweite Seite, und das wäre die wissenschaftliche, möchte ich ebenfalls noch erwähnen. Die Nummern und doch so bereiten Zeichen aus alten Zeiten gehen einem Verderben, einem Verkommen und einem Mißverständnisse entgegen, wenn sie nicht in dieser Weise gesammelt, gepflegt und aufbewahrt werden, und diejenigen, die durch Förderung des Gesetzesentwurfs helfen, daß dies Uebel beseitigt werde, werden sowohl die Geschichtsforscher, als Künstler und Culturhistoriker für die Zukunft zu Dank verpflichtet. Ich möchte daher bitten, daß der Gesetzesentwurf einer wohlwollenden Aufnahme Seitens des Hauses sich erfreue. (Bravo! rechts.)

Abg. v. Bismarck-Platzow: Durch das, was der Herr Kriegsminister gesagt hat, ist der Inhalt meiner beabsichtigten Rede im Wesentlichen erschöpft (Heiterkeit). Ich würde dem Abg. Windhorst (Vielefeld) zustimmen, wenn ich in der Vorlage etwas von partikularistischem Geist erblicken könnte, denn ich halte eben preussischen Particularismus für eine Thorheit. Preußen kann einfach nicht anders als in und mit Deutschland bestehen. Die preussische Armee wird aber auch künftig den festen Stamm und Anhalt für die deutsche Armee bilden, und wir werden die preussische Armee, wenn wir diesen Beruf fruchtbar fördern wollen, nicht darauf anweisen können, ihre bisherige Geschichte zu vergessen. Wenn wir den preussischen Patriotismus beleben, so werden wir dadurch den deutschen Patriotismus der Armee und des Volkes nicht schwächen, sondern im Gegentheil kräftigen. Die einzelnen Regimenter, die brandenburgischen, die pommerschen, die preussischen u. s. w., haben auch ihren Localpatriotismus; haben sie sich deshalb aber je weniger als preussische und deutsche gefühlt?

Abg. Windhorst (Neppen): Die bisherigen Reden, insbesondere die beiden letzten, könnten mich zu weitgehenden Erörterungen über diese Angelegenheit verleiten. Ich will dem letzten Redner nur einen generellen Widerspruch entgegenstellen, da ich für heute nicht die Absicht habe, über die Sache selbst zu reden. Dem Antrag auf commissarische Beratung werden meine politischen Freunde und ich beitreten, weil wir das für das Beste der Wichtigkeit der Sache ansehn, die feierliche Form der Beratung eintreten zu lassen. Wenn man eine Sache an eine Commission weist, so hält man kein Wort zurück, bis die Commission berichtet hat. (Sehr richtig!) Ich habe noch einen besonderen Grund für die Commissionsberatung. Meine Partei hat heute eine Interpellation eingereicht, welche die Regierung fragt, ob sie noch in der gegenwärtigen Session eine Vorlage für die durch Ueberschwemmungen und sonstige Naturereignisse heimgekehrten Landestheile zu machen gedenke. Ich halte es für ratsam, daß die Vorlage nicht eher zur Entscheidung komme, als bis wir auch über diesen Gegenstand klarer sehen und überlegen können, wie weit unsere Mittel reichen. (Sehr gut! im Centrum.)

Abg. v. Benda: Nach meinen Informationen ist die eben erwähnte Vorlage in den nächsten Tagen zu erwarten. Ich führe dies an, obgleich ich einen notwendigen Zusammenhang beider Vorlagen nicht anerkennen kann. Der Abg. Windhorst (Vielefeld) hat selbst anerkannt, daß die Motive noch zu erörtern sind. Auch der Titel könnte noch Gegenstand von Erörterungen in der Commission werden. Alle diese Momente sprechen für den Antrag auf Commissionsberatung.

Abg. v. Gerlach: Mir sollte man zutrauen, daß der Ruhm der preussischen Armee mir nicht gleichgültig ist, daß ich schon vor 63 Jahren drei siegreiche Kriegszüge, die bis nach Paris führten, in der preussischen Armee mit zweien meiner Brüder mitgemacht habe. Gleichwohl bitte ich, die Vorlage abzulehnen. Ich habe gegen dieselbe schwere Bedenken, die noch nicht zur Sprache gekommen sind. Die Folgen der zuletzt geführten Kriege, an die man bei der Errichtung der Ruhmeshalle in erster Linie denken wird, sind die Annexionen gewesen, d. h. die Cassation einer Anzahl deutscher Staaten. Diese Annexionen haben sehr schmerzliche Gefühle in einem großen Theil von Deutschland, ja in einem bedeutenden Theil dieses Hauses zurückgelassen. Im weiteren Verlauf der Entwicklung hat dann dieselbe Regierung den Culturkampf entzündet (Aha! links), dessen unglückliche Folgen gegenwärtig Deutschland zerkreuzen. Der Zusammenhang desselben mit den letzten Kriegen ist unanfechtbar. Unter diesen Umständen, m. H., scheint es mir nicht angemessen, den Ruhm der preussischen Armee in solcher Weise hervorzuheben zu lassen. Man sollte warten, bis diese schweren Wunden theils vergessen, theils geheilt sind. Gegenwärtig haben wir mehr Ursache, uns über die Zustände unseres Vaterlandes zu demüthigen, als uns zu rühmen. Aber selbst wenn wir uns rühmen könnten, sollten wir eine andere Zeit abwarten, um diesen Ruhm auf diese Weise öffentlich auszusprechen. Der Geldpunkt würde mich, obwohl die geforderte Summe nicht unbedeutend ist, nicht abhalten, der Vorlage zuzustimmen.

Die Vorlage wird hierauf an die Budgetcommission verwiesen.

Es folgt die Fortsetzung der zweiten Beratung des Gesetzesentwurfs, betreffend die Geschäftssprache der Behörden u. s. w.

§ 3 bestimmt bezüglich der Verhandlungen vor Gericht im Alinea 4: Die Führung eines Nebenprotokolls in der fremden Sprache findet nicht statt, jedoch können Aussagen und Erklärungen in fremder Sprache, wenn und soweit der Richter dies mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der Sache für erforderlich erachtet, auch in der fremden Sprache in das Protokoll oder eine Anlage niedergeschrieben werden. In dazu geeigneten Fällen kann dem Protokoll eine durch den Dolmetscher zu beglaubigende Uebersetzung beigegeben werden.

Dazu beantragt Abg. Franz und Genossen, statt der Worte: „wenn und soweit der Richter dies mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der Sache für erforderlich erachtet“, zu setzen: „nach Befinden des Richters oder auf Verlangen der der deutschen Sprache nicht mächtigen Person“.

Abg. v. Charlinski (Neustadt): Es kann nicht genügen, dem Richter die Entscheidung darüber zu überlassen, welche Erklärungen vermöge ihrer Wichtigkeit in polnischer Sprache aufzunehmen seien. Abgesehen von der

auch dem Richter eigenen, allgemein menschlichen Schwäche, der zufolge derselbe öfters die Wichtigkeit einer Erklärung übersehen wird, ist noch zu bedenken, daß der Richter in Polen sehr häufig der polnischen Sprache jedenfall nicht in dem Maße mächtig sei, die Wichtigkeit stets beurtheilen zu können. Dies war auch die Ueberzeugung der Commission. Dieselbe ließ sich jedoch von der Annahme einer entsprechenden Aenderung durch die Furcht vor einem Mißbrauche derselben abhalten, der mit einer solchen Bestimmung getrieben werden könnte. Ich meine aber, wir geben nicht Gesetze, um trasse Principien hinzustellen und alle notwendigen Ausnahmen dem Ermessen der Behörden zu überlassen, sondern sie haben die Aufgabe, die Bedürfnisse des praktischen Lebens zu berücksichtigen.

Abg. Witt: Die Beschlüsse der Commission reichen für das praktische Bedürfnis vollkommen aus. Der Antrag Franz geht darüber hinaus. Ich bitte, ihn abzulehnen, er wird nur unliebsame Audireien, die für die Wichtigkeit der Sache ohne jede Erheblichkeit sind, erzeugen.

Abg. Sarrazin: Der Antrag stellt eben so, wie die Vorlage, Alles in das Ermessen des Richters, nur mit dem Unterschiede, daß nach dem Antrage das Ermessen auch dann eintreten kann, wenn die Parteien es verlangen. Mir scheint es nicht zu viel, wenn wir die Rechte der Bevölkerung so weit berücksichtigen, daß wir den Antrag annehmen. Wir stellen uns immer einen idealen Richter vor; Sie wissen eben, wie leicht der Richter, ohne es zu wollen, den nationalen Gegensatz einwirken läßt auf sein Urtheil über das, was notwendig sei. Dagegen möchte ich den Richter schützen.

Regierungskommissar Geh. Rath Delschläger hält die Auslegung des Abg. Sarrazin für keinesfalls zutreffend und empfiehlt die Ablehnung des Amendements.

Abg. Sarrazin erklärt, die Auslegung, die er dem Amendement gegeben, sei die, die die Antragsteller im Sinne gehabt hätten. Die polnische Bevölkerung würde den gewünschten Zusatz als einen Act des Wohlwollens sehr gut aufnehmen.

Nachdem noch der Berichterstatter Beifert die Auslegung des Abg. Sarrazin für sachgemäß, den Antrag selbst aber für überflüssig erklärt hat, wird der Antrag Franz und Genossen abgelehnt und der § 3 unverändert angenommen. Ebenso § 4.

Der folgende § 5 handelt von der Bereidigung der Dolmetscher, dazu beantragt der Abg. Beleites folgendes Alinea zuzufügen: Bei denjenigen Handlungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit, bei denen die Zuziehung eines Protokollführers gesetzlich nicht erforderlich wird, bedarf es auch der Zuziehung eines Dolmetschers nicht, wenn der Richter der fremden Sprache mächtig ist.

Abg. Beleites: Mein Amendement bezweckt, zu verhindern, daß das schon jetzt erhebliche Bedürfnis nach tüchtigen Dolmetschern nicht noch erhöht gesteigert werde. Dies würde der Fall sein, wenn man den Richter nicht wenigstens in Sachen der freiwilligen Gerichtsbarkeit entbindet, da, wo er sich selbst der polnischen Sprache genügend mächtig weiß, einen Dolmetscher zuzuziehen.

Berichterstatter Beifert: Die Frage ist bereits in der Commission beraten worden, die Commission ist aber in Uebereinstimmung mit § 151 des Entwurfs der Gerichtsverfassung dahin gelangt, die Zuziehung des Dolmetschers nur in dem Falle auszuscheiden, wenn die beteiligten Personen sämtlich der fremden Sprache mächtig sind. Sie hat sich nicht verheißt, daß der von dem Herrn Vorredner angeführte praktische Grund gegen diese Beschränkung spricht, sie kann sie aber nicht für entbehrlich halten.

Das Amendement Beleites wird darauf angenommen, mit ihm der § 5.

§ 6 lautet: Die Zuziehung eines Dolmetschers kann unterbleiben, wenn die beteiligten Personen sämtlich der fremden Sprache mächtig sind. In diesem Falle kann das Protokoll, sofern es Handlungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit betrifft, in der fremden Sprache aufgenommen, es muß jedoch die Uebersetzung in das Deutsche alsbald bewirkt werden.

Abg. Franz beantragt, statt der Worte: „sofern es Handlungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit betrifft“, zu setzen: „sofern es nicht eine Gerichts-sache betrifft“.

Das Amendement wird angenommen; ebenso die §§ 6—10.

§ 11 setzt die dem Gesetze entgegenstehenden Vorschriften außer Kraft, insbesondere unter Nr. 3 alle Vorschriften über den Gebrauch der polnischen Sprache in der Provinz Posen, einschließlich des Gesetzes wegen Uebersetzung der Gesetze in die polnische Sprache vom 20. Juli 1816.

Hierzu beantragt Abg. Lyskowski folgenden neuen Paragraphen einzufügen: 1) In Nr. 3 die Worte: „Einschließlich des Gesetzes wegen Uebersetzung der Gesetze in die polnische Sprache vom 20. Juli 1816“ zu streichen. 2) Die Bestimmungen der vorhergehenden Paragraphen finden auf die ehemaligen polnischen Landestheile keine Anwendung.“ (Die Verlesung des Antrages wird vom Hause mit großer Heiterkeit aufgenommen.)

Abg. Lyskowski: Der Antrag ist von mir im Einverständnisse aller Fraktionsmitglieder gestellt worden. Die Motive dazu liegen in dem Unterschiede des deutschen und polnischen Theiles der Bevölkerung der ehemaligen polnischen Landestheile. Dieser Unterschied ist nicht nur numerisch erheblich: die deutschen Bewohner zählen zu Tausenden, die polnischen zu Millionen und geben über die Angaben der offiziellen, namentlich der provinziellen Statistik weit hinaus, die stets die deutsch sprechende polnische Bevölkerung mit zu den Deutschen rechnet. Dagegen z. B. hätte darnach nur 24 Seelen, deren Muttersprache polnisch ist. Außerdem ist es aber wesentlich ein politischer Unterschied, der jenem numerischen eine sehr große Bedeutung giebt. Er liegt darin, daß die polnische Bevölkerung ein abgeschlossener, compacter Theil des polnischen Volkes ist, das eine ruhmreiche Geschichte und Literatur hat. Gegen das hierauf beruhende national-polnische Bewußtsein tritt diese Gesetzesvorlage auf und zwingt uns zur Gegnerschaft.

Obwohl mein unter Nr. 2 gestellter Antrag große Heiterkeit bei Ihnen erregt hat, hat er doch keine historische Begründung. Erinnern Sie sich des Staatsministers Freiherrn v. Stein und eines Rescripts desselben an die Regierung in Posen vom 23. September 1822? Freiherr v. Stein sagt darin: „Religion und Sprache sind die heiligsten Güter einer Nation, worin ihre ganze Denkweise begriffen ist. Eine Obliegenheit, die dies anerkennt, achtet und beschützt, kann sicher sein, die Herzen der Unterthanen zu gewinnen, diejenigen, die sie angreift, verbittert die Nation und macht sie zu gleichem, untreuen Unterthanen.“ Dieses Rescript ist eine wahre Predigt. Diefem Manne hat das dankbare Vaterland ein Denkmal errichtet; so oft ich an diesem Denkmal vorbeigehe, überschleicht mich der Gedanke an die veränderte Politik gegen die polnische Sprache. Wir sind wenigstens berechtigt zu hoffen, daß, wenn es damals einen Stein gegeben hat, auch in der letzten Stunde wieder ein Stein aufsteht. Das Preussische Parlament erkläre es für eine Sache der deutschen Nation, die nationalen Rechte des polnischen Volkes zu schützen. Diese Erklärung haben Sie vergessen. — Die Schwierigkeit liegt in der gegensätzlichen Tendenz. Schwindet diese, so werden wir mit Freude die deutsche Sprache lernen. Dr. Agidisi sagte, wir könnten Polen bleiben, wenn wir nur preussische Staatsbürger sein wollten, wir haben dies acceptirt, und der Herr Minister des Innern erkaunte über diese Erklärung, die er zum ersten Male hörte. Ja, die preussische Staatsregierung hat systematisch dahin gearbeitet, uns in eine Sonderstellung zu bringen und dann uns die Schuld gegeben. Es mag sein, daß sie falsch berichtet wurde, aber das Factum ist da und glauben Sie mir, die Worte, mit denen der Minister jene Erklärung begrüßte, klangen uns wie ein Sirenenruf. Unsere Freude wurde sehr bald gedämpft. Wir können die Worte, daß wir Polen bleiben sollen, nur als bittere Ironie auffassen; wenn Sie das befreiten wollen, so schaffen Sie uns einen gerechten gesetzlichen Zustand, in dem wir leben können.

Abg. Plath legt im Namen des Hauses Verwahrung ein gegen die mißverständliche Annahme, die der Vorredner über die Heiterkeit des Hauses bei Einbringung seines Antrages kund gab. Die Heiterkeit galt nicht den Bestrebungen der polnischen Fraktion im Widerstande gegen dieses Gesetz, sondern allein der wunderbaren Art von parlamentarischer Taktik, die sein Antrag offenbarte. Sämtliche Redner, die bisher über diese Vorlage gesprochen, sind bisher von der ganz selbstverständlichen Voraussetzung ausgegangen, daß dieser Gesetzesentwurf für die ganze preussische Monarchie Geltung habe, wird uns ein solcher Antrag eingebracht, der uns zumutet, in

demselben Augenblicke ja und nein zu sagen, so scheint mir die Heiterkeit des Hauses eine sehr milde Art der Kritik. Ich denke, ein solcher Antrag hätte noch eine andere Erwiderung verdient.

Abg. Kantak: Ich weiß nicht, wer dem Vorredner die Legitimation gab, im Namen des ganzen Hauses eine derartige Verwahrung auszusprechen; ich kann sie in keinem Fall acceptiren. Fürst Bismarck rief uns Polen im Jahre 1873 zu: Sie kommen uns mit Beschwerden und Klagen zu Gunsten der polnischen Sprache, wir werden Ihnen darauf mit Gesetzesvorlagen zur Einführung und Beförderung der deutschen Sprache antworten. Ich denke, was die Regierung uns gegenüber kann, das können auch wir ihr gegenüber, was dem Fürsten Bismarck gegen uns recht war, das muß uns ihm und der Regierung gegenüber billig sein. Ich finde es durchaus logisch und natürlich, daß wir, nachdem alle unsere Anstrengungen, dieses harte und grausame Gesetz wenigstens milder zu gestalten, dem Hause zurückgewiesen sind, schließlich erklären: da wir sehen, das Gesetz ist vollständig schlecht, so führt es wenigstens bei uns nicht ein, verabschiedet uns wenigstens mit diesem Danaergeschenk. (Heiterkeit.)

Abg. Dr. Legid: Der Antrag Łyskowski kommt mir so vor, als ob ein Mitglied des Centrums den Antrag stellen wollte, von der Wirkung der Maisegehe diejenigen Provinzen auszuschließen, in welchen überwiegend eine katholische Bevölkerung sich befindet. (Sehr richtig!) Was mich an der Rede des Abg. v. Łyskowski besonders interessiert hat, ist ein Citat, von dessen weiterer Ausführung ich eine sehr schätzenswerte Vermehrung meiner Kenntnisse erwarte. Er hat uns ein Manuscript des Freiherrn v. Stein aus dem Jahre 1822 an die Regierung in Polen vorgelesen. Da haben freilich meine Kenntnisse ein Ende; denn wie ich bisher angenommen, war Stein im Jahre 1822 nicht mehr Minister, sondern ein einfacher Gutsherr und als Stein Minister war, gab es noch keine deutsche Regierung in Polen. Der Abg. Łyskowski ist ein Abgeordneter aus Westpreußen, und daß ein national-polnischer Redner aus diesem Landeseisil mit dieser Wärme für die polnische Nationalität an dieser Stelle hat eintreten können, ist das Product einer Geschichte, die für beide Theile, Polen und Deutsche, schmerzhaft ist. Das deutsche Ordensland Preußen wurde von den Polen erobert: aus dem systematischen Vernichtungskrieg, welchen die Polen gegen das deutsche Element in Westpreußen geführt haben, ist eine derartige polnische Bevölkerung hervorgegangen, als deren „nationalpolnischer“ Vertreter der Abg. Łyskowski sich jetzt über eine Gesetzgebung beschwert, deren humaner Charakter sich wahrlich sehen lassen kann gegenüber den Vergewaltigungen, welche einst Polen in dem deutschen Ordenslande verübt hat.

Bei der Abstimmung werden beide Anträge des Abg. Łyskowski ebenso wie der Antrag des Abg. v. Schorlemer-Mst abgelehnt und § 11 in der Fassung der Commissionsbeschlüsse angenommen.

Endlich wird § 12, welcher die Vorschriften aufführt, die von diesem Gesetze unberührt bleiben, mit einem Amendement des Abg. Łyskowski angenommen, wonach diesen Vorschriften auch diejenigen über das Verfahren vor den Schiedsmännern hinzugefügt werden.

Abg. v. Schorlemer-Mst: Der vorliegende Gesetzentwurf wird wahrscheinlich der letzte der Culturkampfgesetze in dieser Legislaturperiode sein. Daß sie später noch immer weiter kommen werden, davon bin ich allerdings fest überzeugt, es trifft hier auch das Wort des Dichters zu: Das ist der Fluch der bösen That, daß sie fortzeugend Böses muß gebären. Ich will Ihnen daher noch einmal einen kurzen Ueberblick über die Folgen des Culturkampfes geben, um Sie vielleicht dadurch zu disponiren, daß Sie alle Culturkampfgesetze wieder aufheben (Lachen links). Es ist uns vor einigen Tagen gesagt worden, daß wir im Culturkampf ermateten. Ich weiß allerdings nicht, ob wir diesen Eindruck machen. Vielleicht hat es quantitativ nicht den Herren genügt, was wir bei der Statberathung und in unseren Interpellationen vorgebracht haben; wenn Sie vielleicht in dieser Beziehung höhere Erwartungen gehegt haben sollten, so können wir dies ja bei der Statberathung des letzten Quartals noch nachholen. (Heiterkeit.) Oder haben wir vielleicht nicht qualitativ genügt, indem wir nicht scharf genug vorgegangen sind? Ich meinerseits kann wohl sagen, daß ich mich stets befreit habe, bis an die äußersten Grenzen der parlamentarischen Ausdrucksweise heranzugehen, aber ich kann ja, wenn es der Präsident gestatten sollte, auch noch etwas weiter gehen. (Heiterkeit.) Ein Führer der nationalliberalen Partei sagte vor Kurzem: im Culturkampfe ist der Sieg entschieden, und wenn die Ultramontanen die Hand auf das Herz legen, so werden sie sagen müssen, daß die Curie ihr Spiel verloren hat. Nun, die Curie hat das Spiel nicht angefangen, das ist von der anderen Seite geschehen, und im Hinblick auf den Werth der Güter, um die es sich hier handelt, ist es ein geradezu freibellhaftes Spiel (Unruhe). Wenn man aber vom Sieg spricht, so erinnere ich an die alte Thatsache, daß die Welt durch die Beine gegeben, anders aussieht, als gewöhnlich, und so könnte die Regierung, wenn sie durch die Beine des Fürsten Bismarck steht, wirklich glauben, sie habe gesiegt. (Gelächter.)

Was aber ist denn eigentlich erreicht worden? Es sind einige Mistatholiken, einige Staatskatholiken und einige abgefallene Priester gewonnen worden, weiter nicht; man wagt nicht die Kreisordnung in Rheinland einzuführen, weil man die Ultramontanen scheut. Die Katholiken aber haben sich immer enger an einander geschlossen und halten zum heiligen Vater mehr als je. Was wir aber vorhergejagt haben in Bezug auf die Einmischung des Staates in die religiösen Angelegenheiten, das ist jetzt schon eingetroffen (Widerpruch); aber ist das kein Eingriff in das religiöse Gefühl, wenn ein Priester am Altar verhaftet, wenn in der Kirche eine Nachschußung mit gespannter Pistole vorgenommen wird, wenn die Gemeinden ihrer Seelsorger beraubt, der Unterricht den Geistlichen genommen wird, so daß ein unentgeltlicher Mangel eingetreten ist, und wenn den Gemeinden gegen ihren Willen abgefallene Geistliche mit Gewalt aufgewungen werden. Vor Allem aber wird die Parität in offenkundiger Weise verletzt. Man sieht dies sofort, wenn man das Gesetz über die katholische Vermögensverwaltung mit der Synodalordnung vergleicht. In jener wird die Separation nach Möglichkeit gefördert, in dieser sträubt man sich mit Hand und Fuß dagegen; dort wird der Abfall eines Geistlichen gleichsam prämiirt, hier nicht, dort wird die Kirche einer Minorität zugesprochen, hier nicht. Ein solches Eingreifen und solche Ungleichheit fühlt das Volk, ohne daß es darauf hingewiesen wird, und es sagt sich auch, daß eine der indirecten Folgen dieses unseligen Culturkampfes das jetzige Darniederliegen auf indultuellem Gebiete ist. Unter dem Culturkampf verflüchtigt sich alle Logik, jedes Gerechtigkeitsgefühl, ja, ich möchte sagen, die ganze Vernunft; mit den Maisegehe ist ein Zustand geschaffen, wodurch den einzelnen Beamten der weiteste Spielraum zu Uebergriffen und zur Willkür gegeben ist, und eine Polizeiwirtschaft geschaffen, wie sie in einem absoluten Staate nicht härter gedacht werden kann. Was die Politik anbetrifft, so erinnere ich nur daran, daß hochwichtige Verfassungsrechte gefallen und die Freiheiten wesentlich beschränkt sind. Und in dieser Beschränkung wird immer weiter gegangen.

Die Sicherheit der Rechtsprechung ist zweifelhaft geworden und in die Presse ist eine Corruption hineingetragen, wie sie nie zuvor existirte. Wenn Sie diesem Gesetze Ihre Zustimmung ertheilen, was erwarten Sie eigentlich von demselben? Raschla sprach einmal: von dem drohenden Schritt der Arbeiterdiktatur, die einherstreiten mit ehernen Sandalen; hören denn die Herren von der liberalen Majorität nicht schon den schweren Schritt der eisenbeschlagenen Schuhe der Agrarier? an ihrer Spitze der Fürst Bismarck als Lambour-Major. (Heiterkeit.) Neulich ist Ihnen in der Broschüre eines Reichstagskandidaten Ihr Spiegelbild vorgehalten worden; Ihnen muß dabei zu Muth gewesen sein, wie Franz Moor, der beim Anblick seines Spiegelbildes bis in das Mark durchschüttelt wurde. Ich hoffe, daß ich Sie durch mein Wort noch einmal von Ihrem Wege abbringe; wenn dies nicht der Fall sein sollte, so seien Sie überzeugt, daß wir den Kampf mit ungeschwächten Kräften fortsetzen werden, fest vertrauens auf Gott und unsere gerechte Sache, obgleich wir jetzt noch wie Heloten behandelt werden. Aber es wird einst der Tag kommen, wo die Reue bei Ihnen eintritt, daß Sie den Culturkampf begonnen haben, möge dieser Tag nur nicht zu spät kommen. (Beifall im Centrum.)

Abg. Hauke: Der Abg. v. Schorlemer-Mst hat wiederum die Parität mit in die Discussion hineingetragen, und zum Beweise, daß die katholische Kirche ungerecht behandelt werde, das Mistatholikengesetz mit der Synodalordnung in Parallele gestellt. Der Unterschied zwischen beiden Gesetzen ist nur der, daß die Mistatholiken aus der Kirche herausgedrängt wurden, während die Bestimmungen der Synodalordnung über das Recht der Auscheidenden an dem Kirchenvermögen auf solche Anwendung finden, die freiwillig austreten. Der Abg. Dautenberg, welcher sich neulich bewogen gefunden hat, mich anzugreifen, konnte noch vor einem Jahre behaupten, daß er den Gesetzen recht ruhig gegenüberstehe, jetzt dagegen scheint er denselben so bizzig entgegenzutreten, daß er völlig die Objectivität verloren hat. Was den Abg. v. Jagdewski betrifft, so meint er, daß das Vermögen der Kirche als solcher gehöre, und zwar de jure divino. Bekannt ist nun allerdings, daß die Kirche im Laufe der Jahre ein beträchtliches Vermögen erworben hat, ob immer de jure divino, das will ich dahin gestellt sein lassen. Einige behaupten, daß das bürgerliche Recht dabei etwas zu kurz gekommen sei. (Heiterkeit.) Aber selbst wenn man die Annahme gelten lassen wollte, daß das Vermögen der Kirche im Allgemeinen gehört, so wird doch der Abgeordnete Jagdewski anerkennen, daß dasselbe unter den Gesetzen des Staates stehen muß, in dem es gelegen ist, und somit sich auch die Oberhoheit ausüben lassen muß. Gegen eine Bestimmung der Vorlage habe ich große

Bedenken, nämlich gegen den Zusatz des § 6, wonach Streitigkeiten unter die Verwaltungsgerichte gestellt werden sollen. Wenn Sie das völlig durchführen wollten, also auch für die untersten Instanzen, so würden Sie hiermit schon in den Kreis der confessionsellen Streitigkeiten hineinragen. Das einzig Mögliche wäre, die Entscheidung von vornherein nur dem Oberverwaltungsgericht zu übertragen.

Abg. Dr. Wehrenpennig: Die kühne Stimmung, mit welcher wir in dem Culturkampf in dieser Session den Herren gegenübergetreten sind, erlauben Sie mir mit einigen Worten zu erläutern. Ich hoffe, daß meine Empfindungen darin im Ganzen mit vielen meiner Freunde zusammenfallen werden; ich möchte aber, bevor ich den Hauptgrund dieser unserer Ruhe entwickle, auf wenige hervorhebende Punkte in der Rede des Abg. v. Schorlemer eingehen. Der Abgeordnete will uns bange machen, indem er uns hinweist auf die eisenbeschlagenen Schuhe der Agrarier, die nach seiner Behauptung sich heute bereits unter der Fahne des Fürsten Bismarck sammeln. Ich weiß nicht, aus welcher Veranlassung er uns ein solches Bild vorstellt; das aber weiß ich, daß es schon im vorigen Landtage Parteien gab, die sich herzlich gern unter der Fahne des Fürsten Bismarck sammeln haben würden, und die durchaus nicht zur Bedingung dieser Sammlung die Abschaffung der Maisegehe gemacht hätten. Das deutsche Bürgerthum, welches von liberaler Seite hauptsächlich vertreten wird, fürchtet sich nicht vor Gespenstern, weder vor den leidenschaftlichen Aufregungen des Ueberlaubens, noch vor den selbstthätigen Interessen einer einzelnen Klasse. Dieses deutsche Bürgerthum, welches Ihnen gegenüber gekämpft hat, indem es die Cultur und Bildung der Nation (Widerpruch im Centrum), die Einheit des Volkslebens vertrat, wird sich auch zu wahren Wissen gegen die Adressocialisten, sofern sie das Interesse einer einzelnen Klasse der Gesamtentwicklung des Volkes gegenüberstellen wollen. (Widerpruch im Centrum.) Der Abgeordnete hat dann eine Wendung genommen, die mich doch einigermaßen gemindert hat; ich hätte geglaubt, er würde so etwas der „Eisenbahnzeitung“ überlassen, es ist ja das bekannte Bändnis (Obol im Centrum) — Sie wissen ja noch gar nicht, was ich sagen will — (Heiterkeit) Gehlsen-Miendorf-Wagener, wodurch heute unsere neuere Politik in andere Bahnen gelenkt werden soll. Solche Bilder, wie die, daß der Wohlstand durch den Culturkampf zerrüttet sei, daß der Culturkampf nur erfinden sei, damit hinter dieser Decke gewisse Vörsianer das Volk betrügen können, hätte der Abg. v. Schorlemer doch besser der „Eisenbahnzeitung“ überlassen sollen; darin passen sie allerdings.

Ich gebe zu, die Personen, welche diese Dinge wirklich glauben, welche sie nicht bloß mit bewusster Ungehörigkeit schreiben oder aussprechen, stehen allerdings auf einer Stufe, der gegenüber ich den dunkelsten clericalen Wahlkreis noch für einen Ausbruch von Aufklärung halte. (Heiterkeit.) Sehr gut! Man sagt, wir Liberalen haben Verfassungsartikel preisgegeben. Welcher Verfassungsartikel aber ist von uns irgend wie herüber worden außer demjenigen, der von der clericalen Partei dazu gemißbraucht worden war, und nicht die Gewissensfreiheit der Bürger, sondern die Willkür und Macht des Clerus zu fördern? Die Gesetze, die wir im Jahre 1872 und 1873 machten, haben doch darin ihren Kern, daß man den einzelnen Geistlichen in die Wissenschaft und Bildung der Nation einführen will (Lachen im Centrum) — daß Sie über Bildung der Nation lachen, weiß ich, — daß man den niederen Clerus gegen die Uebergriffe des oberen Clerus schützen will. (Lebhafter Widerspruch im Centrum.) Ich glaube Ihnen ja, daß Sie von Ihrem Standpunkte aus den Rechtschuh für etwas Lächerliches halten, die ganze Reihe dieser Gesetze ist überall Beschränkung hierarchischer Willkür, ist Entwicklung des Rechtes, nicht Bruch des Rechtes. Der Abg. v. Schorlemer hat uns Imparität vorgeworfen, weil wir in das Synodalgesetz die Bestimmungen des Mistatholikengesetzes nicht aufgenommen haben. In dem Augenblicke, wo eine große Zahl von Personen austreten würde, die geneigt wären, Gemeinden zu bilden und durch Toleranz und Unterdrückung keine Möglichkeit hätten, ihre kirchlichen Bedürfnisse zu befriedigen, wird Jeder dieser Seite des Hauses es für seine Pflicht halten, diesen Männern zu helfen. Sie haben gesagt, Sie sind von Sieg zu Sieg gegangen. Es giebt Völker, die in allen Lagen, welche alle Welt für Niederlagen hält, sich den Sieg zuschreiben. Was uns so kühn macht und uns gar nicht zu einem ernsten Kampf mit Ihnen kommen läßt, ist die einfache Erwägung unserer ganzen europäischen Lage. Als wir nach Gründung des Reichs den Culturkampf mit Ihnen anfangen mußten, waren wir die einzigen Kämpfer in Europa, da war es das Interesse der Curie — sie hat es längere Zeit mit Glück durchgesetzt — uns zu isoliren. Was ist der Gang der Dinge gewesen? Heute steht ganz Europa gegen Sie, der beste und edelste der Monarchen — so nannte einmal ihr Hauptorgan den Don Carlos — ist dahingegangen. (Heiterkeit.)

In dem Lande, wo zwar von vornherein ein Gegensatz gegen die clericalen Parteien existirte, dessen Regierung aber noch hin- und herwankte, ist diese Regierung gekürzt, weil sie nicht entschieden genug war; in dem katholischen Lande, das der Mittelpunkt des Gegensatzes gegen uns und unsere Kirchenpolitik war, ist auf die jesuitische Strömung eine freie republikanische Strömung gefolgt, die sich wieder erinnert der alten Cultur des französischen Volkes, ein Cultusminister, mit dem Sie so wenig übereinstimmen, wie mit uns und der darauf ausgeht, in diesem Lande die Grundsätze, die wir seit Jahrhunderten festhalten, obligatorischen Unterricht, Staatsaufsicht über die Unterrichtsanstalten einzuführen. So sind Sie geschlagen überall, wie hier. (Gelächter.) Lachen Sie nur, ich gebe Ihnen zu, daß Sie das nicht finden, Sie haben die Neigung, Ihre Niederlagen in Siegen zu verwandeln. Wir wollen nicht mehr, als was bei uns heute Thatsache ist, als daß Sie genöthigt würden, sich dem Gesetze zu unterwerfen. Denken Sie noch daran, wie Sie vor zwei bis drei Jahren uns Revolution und Zerstörung drohten, wenn die Maisegehe blieben. Wenn Sie heute damit drohen wollten, würde man Sie doch auslachen, Sie würden dies heute schon deshalb nicht thun. (Heiterkeit.) Eins gebe ich Ihnen gerne zu, die Verheerungen, die der Culturkampf innerhalb der Presse angerichtet hat. Herr von Schorlemer wird mir zutragen, daß, wenn etwa irgend welche Denuncationen gegen seine Partei sich im Laufe des Kampfes gezeigt haben, ich das nicht billige, was aber der Culturkampf von Seiten der ultramontanen Presse — hoffentlich unter Mißbilligung dieser Herren — leider bei uns bewirkt hat, ist, daß die Gegner gegenseitig nicht mehr die Ehrenhaftigkeit ihrer Gesinnung, ihres Willens und ihres Bestrebens anerkennen, das ist, daß sie in einer wirklich entwürdigenden Art den Gegner zu verächtlichen finden. Und daß man diese Vergiftung in unsere Presse hineingetragen hat, daß man, statt mit anständigen Waffen mit Waffen der Gemeinheit und des Schmutzes kämpft, das sind leider Erfolge des Culturkampfes, und wenn wir gemeinam dazu beitragen könnten, daß diese unwürdige Kampfweise aufhört, würden wir uns ein großes Verdienst erwerben.

Meine Herren! Die Umstände können sich ja für Sie bessern, vielleicht schließen Sie sich zusammen mit den Agrariern; sie stehen Ihnen ja sehr nahe; die einen wie die andern haben ihre besonderen Interessen, keiner denkt an das Ganze der Nation; sie kommen Ihnen auch sehr entgegen; sie haben vom religiösen Frieden bereits gesprochen, und was den allgemeinen Culturstandpunkt zwischen den Anhängern der Agrarier und zwischen den clericalen Wahlkreisen betrifft, so würde das ja auch zusammenpassen. (Heiterkeit.) Aber, meine Herren, eines erkenne ich an: vorläufig sind diese Hoffnungen für die Zukunft nur Chancen, Sie können sie auch nicht abweisen; denn ich glaube nicht, daß das deutsche Reich noch Canossa gehen wird. Sie sind vorläufig in einer üblen Lage und Sie haben in dieser Lage gekämpft, so lange Sie kämpfen konnten und das müssen wir Ihnen als unseren Collegen als eine respectable Eigenschaft nachrühmen. M. S., daß Sie wie Vögel im Staube liegen, dafür können Sie nichts, sie haben tapfer gekämpft, wir wollen aber nicht wie Fallstaff nach dem toten Percy einen Stoch versehen. (Beifall links.)

Abg. Windthorst (Meppen): Ich bin dem Abg. Wehrenpennig sehr dankbar dafür, daß er uns, die angeblich bereits im Staube liegen, mit diesem Gesetze einen Stoch versehen will. (Widerpruch links.) Für mich ist ein solcher Stoch unschätzbar. Der Abg. Wehrenpennig scheint deshalb so in Harnisch gekommen zu sein, weil der Abg. von Schorlemer die Agrarier und eine Broschüre erwähnt hat, welche die Völschen seiner Partei klarlegt, sonst begreife ich nicht, wie er trotz seiner übergroßen Kühle so überaus hitzig werden konnte. Ich glaube, daß unsere Sache mit der Parteibildung eigentlich nichts zu thun hat. Mögen Sie, die Nationalliberalen, dem Reichstagsrat alles bewilligen, oder mögen die Agrarier ihm die Schleppe tragen, das ist uns ganz egal. Wir werden in derselben Weise weiter kämpfen, so lange Sie es für gut befinden werden, den kirchenpolitischen Kampf in der bisherigen Weise weiter zu führen. Wenn uns die Zukunftsmänner politisch näher stehen werden, so wird mir das sehr angenehm sein, namentlich wenn sie für die Freiheit Aller und den Rechtsstaat mehr Sinn manifestiren, als die jetzigen Nationalliberalen.

Wie viel Sie von Ihrem Liberalismus in den letzten drei Jahren in die Schanze geschlagen und wie viel Sie, ohne es selbst zu wissen, von Ihrem liberalen Standpunkte abgekommen sind, so daß Sie, wie der Abg. Kaster sagte, zu Unterführern der Regierung d. h. zur reinen ministeriellen Partei geworden sind, davon haben wir in den früheren Sitzungen schöne Beispiele erlebt und darüber werden die nächsten Sitzungen dem Lande vollständig die Augen öffnen. Ich meinerseits werde nicht verfehlen, bei jeder Abstimmung darauf aufmerksam zu machen. Der Abg. Wehrenpennig sagt, der Culturkampf würde jetzt kühler als früher geführt, weil die katholische Kirche in

ganz Europa geschlagen sei. Ihr Vöhr des Erdballs, hört diese Kunde des Abg. Wehrenpennig; die katholische Kirche liegt am Boden! (Heiterkeit.) Wehrenpennig hat's gesagt, in den preussischen Jahrbüchern wird es wiederholt — sie steht nicht wieder auf! Die katholische Kirche lacht über solche Tiraden; niemals hat sie mächtiger und glänzender dagestanden wie jetzt. (Auf: In Meppen!) In Meppen ist allerdings die katholische Kirche wohl sundirt, aber eben so auf dem ganzen Erdball, und wenn die Herren sich die Mühe geben wollten, sich etwas mehr zu informieren, als über die Verhältnisse der Mark Brandenburg, dann würden sie die große Ausbreitung der katholischen Kirche in Australien, Asien und Amerika erfahren (Rufe: Bei den Barbaren!) Es wird den Amerikanern sehr interessant sein zu hören, daß bei der Erwähnung Amerikas bei den Nationalliberalen gerufen wurde „Barbaren.“ Erinnern will ich noch an die Glorie der Kirche bei den Barbaren in Holland und England. Der Abgeordnete Wehrenpennig hat soeben Dankesworte an seinen Gesinnungsgenossen Gambetta in Frankreich gerichtet.

Dieses Bedürfnis ist tief begründet in den Anschauungen des Abg. Wehrenpennig, und die Agrarier der Zukunft werden sehen, daß diese Anschauungen zur Socialdemokratie führen müssen. Allerdings hat der „Reichsanzeiger“ und seine Kadetten unseren einstigen Feind Gambetta als den gepriesen, der Frankreich zu seiner eigentlichen Cultur aufbaute zurückführte. Herr Gambetta ist allerdings unter preussischer Leitung bereits etwas gezähmt worden, aber doch kann sein Regiment die Rückkehr zur Commune bezeichnen, welche allerdings eines der Ideale der Cultur des Abg. Wehrenpennig sein mag. Im Uebrigen bin ich unbesorgt, in Frankreich wird es nicht gelingen, den katholischen Zug des Volkes zu verderben. Der jetzige französische Unterrichtsminister hat auch als ein unumstößliches Programm aufgestellt, daß er nicht vollständig die Unterrichtsfreiheit aufheben wolle, sondern nur die Ertheilung der Grade durch die freien Universitäten. (Abg. Petri: Da liegt die Sache!) Herr Abgeordneter Petri, dann versehen Sie von der Angelegenheit nichts! (Heiterkeit.) Es ist allerdings nicht richtig, was der französische Unterrichtsminister gesagt hat, doch wäre ich sehr zufrieden, wenn wir soweit in Preußen wären. Glauben Sie denn, daß wir in unseren freien Schulen nicht so viel lernen könnten, um Ihre erbärmlichen Grade zu erlangen? Die freie Verfügung jedes Vaters aber, sein Kind nach seinem Willen unterrichten zu lassen, wird auch in Preußen zur Anerkennung gelangen, trotz der starken Barrieren, die man hier gegen den Menschenverstand aufrichtet. In Spanien ist Don Carlos allerdings kesselt — für den Augenblick (Heiterkeit), weil Frankreich mit Rücksicht auf gewisse Wünsche sich bewogen sah, den Alphonse zu helfen. Deshalb ist Spanien aber doch katholisch und auch unter der Regierung des jetzigen Königs wird den Katholiken in Spanien kein Saar gekrümmt werden; man wird dort nicht die Recepte des Abg. Wehrenpennig benutzen. Wo noch sonst die katholische Kirche daniiederliegen soll, weiß ich nicht, sicher nicht in Preußen und Deutschland. Man hat freilich viele unserer Bischöfe vertrieben, aber eifrige Glaubensboten sind bemüht, dem Mangel abzuwehren und unsere Priester werden bei trotz Kiesel und Kerker denselben Muth bewahren wie unter den Wlutarischen Chinas.

Viele Gemeinden sind ohne Seelsorger — man organisiert den Laiengottesdienst. Denn ich weiß, man wird auch die anderen Bischöfe nach einem festgesetzten Turnus abheben und die lächerliche Comödie braucht nicht erst gespielt zu werden, daß die Herren vom Kirchengerichtshof mit ernsten Mienen sich vernehmen, da man doch ihr Urtheil im Voraus weiß. Von der Kirche sind sie im Kampf zur Schule übergegangen, denn die soll ja die Pflanzstätte jener preussischen Religion werden, zu der wir uns alle bekennen sollen. Dort wird aber der Streit noch energischer sein, und Sie werden dort noch eher eine Niederlage erleiden, weil Sie dort mit den Mittern kämpfen müssen, gegen die Minister fällt mit seinem ganzen Schulkreuzer nichts bremag. Wissen Sie aber, welchen Schaden Sie mit diesem angeblichen Sieg über die Kirche anrichten? Glauben Sie, daß er den Verlust unseres Volkes an Rechtsbewusstsein und kirchlich-religiöser Erziehung aufwiegt? Glauben Sie, daß ohne die letztere trotz aller Ruhmesbälle unsere Soldaten ebenso gottvertrauens in die Schlacht gehen werden? (Gelächter links.) Ich constatire dieses Lachen bei den Nationalliberalen! (Erneutes Gelächter.) Lassen Sie uns in diesem schweren Streit nicht reden von Siegen und Niederlage, denn es handelt sich um Mibürger, sondern lassen Sie uns als Vertreter des gesammten Volkes bemüht sein, den gestörten Frieden wieder herzustellen. Ich habe eine bessere Meinung von der liberalen Partei als der Abgeordnete Wehrenpennig. Für mich bedeutet diese Kühle im Culturkampf das Stadium des Nachdenkens, ob das bisherige Vorgehen ein richtiges war und wie man aus diesem das Vaterland fernstehenden Kampfe herauskommen könne. Ich habe nie gewweifelt, daß hier die Leidenschaft der ruhigen Erwägung weichen werde, will aber der Abgeordnete Wehrenpennig seinem persönlichen Verbalten eine andere Erklärung geben, so kann ich nichts dagegen haben, viele Mitglieder seiner engeren Partei — das weiß ich sicher — werden ihm in dieser Interpretation nicht beitreten.

Dann hat der Abg. Wehrenpennig geglaubt, die Maisegehe brachten unsere Priester der nationalen Bildung näher. Ich kann versichern, daß unsere Geistlichen gewiß ebenso gelehrt und gebildet sind wie der Abg. Wehrenpennig. Derselbe hat weiter gesagt, wir wären nicht für den Rechtschuh. Haben etwa die Maisegehe einen solchen Charakter! etwa das vorliegende Gesetz? Nein, sie sind alle der geistliche Ausdruck der Polizeiwilthür. Da Sie uns nicht auf das Schaffot bringen können, so wollen Sie uns durch Gesetzparagrafen zu Grunde richten. Der Abg. Wehrenpennig hat gesagt, wir probirten mit unseren Siegen wie die Franzosen mit dem Siege von Waterloo. Noch nie habe ich von einem Franzosen dergleichen gehört, doch das mag an meiner clericalen Unwissenheit liegen. (Heiterkeit.) Ich sage vielmehr, wenn Sie in ihren kirchlichen Siegen so fortfahren wie jetzt — was ich nicht glaube — dann, fürchte ich, können wir von Sedan nach Jena zurückkommen. (Widerpruch links.) Dann hat der Abg. Wehrenpennig gesagt, wir hätten mit Revolution gedroht. Ich fordere den Abg. Wehrenpennig feierlich auf, mir zu sagen, wo einer meiner politischen Freunde mit Revolution gedroht hat. Pörscher Widerstand ist keine Revolution, sagt selbst der liberale Blutschiff. Die Revolution verwerfen wir haument und nennen jeden einen Verräther, der sich zu ihr bekennt. Ich warne aber jedes Mitglied meiner Partei, sich nicht durch provocirende Agenten zu einer unbefürhtigen Aeußerung verleiten zu lassen. Wir kämpfen innerhalb der Schranken des Gesetzes und verbieten uns jede solche Aeußerung, die uns in ein falsches Licht stellt. Dann hat der Abg. Wehrenpennig geglaubt, der Abg. v. Schorlemer hätte seinen Vorwurf, der Culturkampf schade die materielle Wohlfahrt des Landes, der „Eisenbahnzeitung“ überlassen können. Geben Sie nur in die Industriebezirke von Rheinland und Westfalen, nach Köln, dann werden Sie nicht mehr so leichtfertig urtheilen.

Im Reichstage haben Sie überhaupt das Vorhandensein eines Notstandes in Abrede gestellt. Heute hat der Abgeordnete für Violeß ohne Widerpruch von Seiten des Hauses den Notstand in einer Weise festgestellt, wie ich es nicht gewagt haben würde, aus Furcht, die vielgelebte Börse zu beunruhigen. In einem Lande, wo religiöser Unfriede herrscht, kann auch die materielle Wohlfahrt des Landes nicht gegeben. Der Abg. Wehrenpennig hat ferner gesprochen von dunklen clericalen Wahlkreisen. Bisher habe ich den geprüften Herrn für einen hellsehenden Mann gehalten, jetzt muß ich fast glauben, er sei ein blinder Hesse (Heiterkeit), sonst könnte er unsere Wahlkreise nicht so dunkel finden. Ich bin in einem ultramontanen Wahlkreise gewohnt, habe aber gewiß keine dunklen Anschauungen zu erkennen gegeben, sondern überall, wo es galt, der wahren Freiheit eine Bahn zu brechen und sie gegen die überwachende Reaction der Nationalliberalen in Schutz zu nehmen, an der Spitze gestanden (Heiterkeit links), ebenso wie meine ganze Partei, die mindestens ebenso hell ist, wie der Abg. Wehrenpennig. Dies zur Abwehr für unsere Wähler, obwohl sie sich über die Vorwürfe des Abg. Wehrenpennig nicht grämen werden. Ferner meint der Letztere, man habe nur höchst bedenkliche Verfassungsparagrafen beilegt; das waren im Gegentheil diejenigen, welche man zur Zeit der Schaffung für die wichtigsten hielt und auf welche die gesammten Erfolge Preußens und Deutschlands basiren. Die Beseitigung derselben legt kein glänzendes Zeugnis für die Befähigung jener Herren ab, einen Staat mit gemischter Bevölkerung zu regieren. Jeder Freiheitsparagraf wird gegen uns zum Zwang.

Um den niederen Clerus von dem Druck des höheren zu befreien, brauchte man nicht die Maisegehe zu geben. Der abfallende Priester wird prämiirt mit Stellen, Ehren, Dron und Geld, aber trotzdem wird der Verführer eben so, zurückgewiesen, wie einft der Verführer in der Wüste. Das kommt daher, weil das Band der katholischen Kirche nicht auf Zwang, sondern auf Liebe und Glaubensstreue beruht. Das vorliegende Gesetz ist ein Eingriff in die wohlgegründeten Rechte der Kirche, welche, alter als der Staat, mit demselben Rechte ihr Vermögen wie bisher selbstständig verwalten kann. Denn dieses Gesetz läßt der Kirche nichts, sondern legt alles in die alleinige Disposition des Staates. Sie werden alles bewilligen, was Bismarck und Fall verlangen, denn nur unter dieser Bedingung haben Sie die Unterstützung der Regierung. Es ist interessant zu sehen, wie die verschiedenen Parteien für die Wahlen um die Gunst des Fürsten Bismarck buhlen. Wir werden hier unsere Amendements nicht wiederholen mit Rücksicht auf die sichere Erfolglosigkeit; im Herrenhause werden sie eine günstige Aufnahme finden, denn diese Herren stehen nicht vor den Wahlen, wenn auch vielleicht vor dem Schab. (Heiterkeit.) Der Abg. Hauke hat sich selbst aus der katholischen Kirche herausgestellt, daraus mache ich ihm niemals einen Vorwurf und möchte ihm sogar Mittel zur Befriedigung seiner religiösen Bedürfnisse bewilligen.

aber ich verlange, daß er anerkennt, er gehöre mehr zu seinen früheren Glaubensgenossen und daß er ihnen nicht ihr Eigentum wegnimmt. Im Uebrigen überlasse ich die weitere Ausführung dieses Gebantenanges dem Abg. Birchom und bitte Sie um Ablehnung des Gesetzes.

Die Generaldiscussion wird geschlossen.

Abg. v. Schorlemer-Mest: Ich habe nur gesagt, daß der endliche Sieg uns sicher ist, nicht daß wir schon jetzt gefeiert haben. Ich habe auch den Nationalliberalen nicht mit den Agrariern bange machen wollen, das war nicht nötig, weil sie es schon sind. (Beifall.)

Abg. Wehrenpennig: Ich danke dem Abg. Windthorst für die Bezeichnung „blinder Hesse“. Diese ist entstanden, weil in glücklichen Kriegen, wie in dem siebenjährigen, die Hessen auf der Seite der Preußen blind ins Feuer gingen. Ich würde mich freuen, wenn man mir dieselbe Bezeichnung im Kampfe für das Gute zuerkennen würde. Der Abg. Windthorst behauptet, ich wolle den kirchlichen Frieden nicht. Nur auf die clericalen Verbindungen des Abg. Reichenperger hin will ich den Frieden nicht. Ich habe ferner nicht gesagt, ich wolle der ultramontanen Partei mit diesem Gesetze einen Stoß versetzen, im Gegenteil, ich habe das ungroßmütig genannt. Gambetta halte ich zwar für den größten der jetzt lebenden Franzosen, bin aber doch weit entfernt, Republikaner oder Socialdemokrat zu sein, obwohl ich seit einiger Zeit die „Germania“ lese, welche ausführt, daß für die katholische Kirche die Republik und die Socialdemokratie in mancher Beziehung besser sei, als die Monarchie.

Abg. Dautenberg bemerkt sich gegen die Bemerkung Haude's, daß er seinen principiellen Standpunkt in Betreff dieses Gesetzes seit dem vorigen Jahre geändert hat.

Abg. Windthorst (Meppen): Ich will jetzt auf die sogenannten persönlichen Bemerkungen des Abg. Wehrenpennig nicht eingehen, weil wahrscheinlich meine Erwiderung nicht als persönlich beunruhigend werden würde.

Das Haus tritt hierauf in die Specialdebatte ein.

Zu § 1 nimmt das Wort:

Abg. Birchom: Verschiedene heute gethane Aeußerungen nöthigen mich zu constatiren, daß meine Partei mit voller Ueberzeugung auf dem bisherigen Wege der Kirchenpolitik der Regierung folgt. So wenig wir uns für den Culturkampf erheben, so könnte es doch geschehen, daß wir dazu gezwungen würden, auf diesem Gebiete mit Entschiedenheit für die Regierung einzutreten. Ich muß also die Herren vom Centrum bitten, in dieser Richtung bei der nächsten Wahlkampagne keine Hilfe von uns zu erwarten. Wenn gleich in der gegenwärtigen Vorlage ein Vorgehen des Staates liegt, durch das die Kirche nicht unbedeutend beschränkt wird, so meine ich doch nicht, daß damit ein Angriff auf die Freiheit überhaupt gemacht wird. Was Herr Windthorst Freiheit nennt und was wir Freiheit nennen, geht sehr wesentlich auseinander. Die wahre Freiheit führt uns nicht dahin, das wir mit ihnen für die Unterdrückung der Kirche, und zwar deshalb, weil diese sich in ihren Aeußeren gerade als eine falsche Freiheit, als die Freiheit der Unwissenheit erweisen hat. (Sehr wahr! links.) Die Freiheit, daß man nichts zu lernen braucht, führt dahin, daß man in sich unfrei wird, ein Sklave seiner Angewohnheiten. Sie (zum Centrum) behaupten fortwährend, die Kirche triumphiere, sie stehe glänzend da u. s. w., der Kampf ist gar nicht ein Kampf gegen die Kirche. (Ja wohl! im Centrum.) Alle die Dinge, die der katholischen Kirche bei uns aufgezogen worden sind, sind Dinge, die sich in anderen Ländern der Kirche fortwährend gefallen läßt. (Rein! im Centrum.) Freilich haben Sie uns gesagt: Das kann geschehen, wenn der Papst es genehmigt, wenn ein Concordat geschlossen wird, und unser Widerspruch liegt nur daran, daß es ohne Zustimmung der Kirche geschieht. Das, was Sie jetzt Kirche nennen und was mit dem Vaticanum inaugurirt worden ist, ist auf der ganzen Linie gescheitert (Gelächter im Centrum); ich weiß nicht, woher Sie Ihre Freudigkeit nehmen, nachdem sogar in Spanien — von Don Carlos, diesem armen Schächer, will ich gar nicht sprechen (Große Heiterkeit) — unter einem alphonseischen Ministerium das Princip der Religionsfreiheit in die spanische Verfassung aufgenommen worden ist.

Dieses für Spanien ganz kolossale Ereigniß, ferner die Gestaltung der Dinge in Italien u. s. w. sind ja für die Kirche gleichgültig, aber nicht für diejenige Partei, die die Kirche eingeengt hat und für die sich das preussische Centrum in die Fanne hauen läßt. (Beifall.) Das ist nicht die Kirche, sondern der Jesuitismus. Was daran Glänzendes sein soll, weiß ich nicht. (Beifall.) Daß die Jesuiten massenhaft nach Amerika, Asien und Australien exportirt werden, ist ein gutes Zeichen, daß sie sich einen neuen Wirkungskreis aussuchen. (Heiterkeit.) Durch jene Richtung ist es möglich gemacht worden, daß zwei Männer, wie Herr Reichenperger und Herr v. Gerlach neben einander sitzen. (Auf im Centrum: Das haben Sie fertig gebracht.) Das haben wir nicht fertig gebracht, das haben die Jesuiten fertig gebracht, die Beide dahin gebracht haben, ihre Freiheit aufzugeben und die rein äußerliche Organisation, die man Kirche nennt, als Dogma zu betrachten. Ich bezweifle nicht, daß Herr v. Gerlach für die wahre Freiheit zu kämpfen glaubt, aber diejenige Freiheit, die Herr Reichenperger in seinen guten Tagen (Heiterkeit) vertrat, ist davon sehr verschieden. Diese stand der Meinung sehr viel näher. Wir werden bei dem Competenzgesetz, bei der Städteordnung u. s. w. Gelegenheit haben, Sie (zum Centrum) mit Ihrer Freiheit auf die Probe zu stellen, wir werden Ihre Unterstützung gern acceptiren, wir werden auf der andern Seite Alles thun, um die Kirche aus unseren Debatten zu bringen, aber uns wird durch Ihr Verhalten schlagen lassen. Der Abgeordnete Windthorst wirft uns vor, daß wir von Niederlagen sprechen, da es sich doch um unsere Mitbürger handelt. Nicht um diese handelt es sich, sondern um den Papst in Rom. (Heiterkeit im Centrum); unsere Mitbürger machen wir frei (Widerstand im Centrum), wenn Sie sich nicht frei machen lassen wollen, so werden wir Sie gewiß nicht zwingen. Sie mögen unfrei bleiben, so lange Sie wollen, aber Sie müssen sich wenigstens den Gesetzen fügen (Auf im Centrum: Serbismus). Ich könnte Ihnen durch Citate beweisen, daß zu einer Zeit, zu der Herr v. Bismarck noch nicht auf diese Gedanken gekommen war, ich schon auf diesem Gebiete mir die Sporen verdient hätte. So lange Herr v. Bismarck unsere Gedanken verfolgt, folgen wir ihm, sowie wir seiner Zeit dem Bismarck widerstehen werden, der zu den Agrariern übergehen will. (Lebhafter Beifall links.)

Persönlich bemerkt:

Abg. Reichenperger: Auf die Behauptung des Abg. Birchom, daß ich während des Culturkampfes alle meine früheren freiheitlichen Ueberzeugungen verloren, kann ich nur erwidern, daß ich heute genau denselben Standpunkt einnehme und seit mehr als 25 Jahren festgehalten habe, den ich in der preussischen National-Verammlung, in der Reichstammer und in allen folgenden Landtags-Sitzungen vertheidigte, während umgekehrt die national-liberale Partei die damals von ihr hochgehaltenen und freiheitlichen Rechte und Principien taktisch hat.

Abg. v. Gerlach: Der Abg. Birchom sagte, daß die Jesuiten das allerdings sehr schöne Werk, mich mit Herrn Reichenperger zusammen zu bringen, zu Stande gebracht hätten. Mir ist das Factum völlig neu gewesen und ich möchte den Abg. Birchom sehr bitten, mich doch einmal mit diesen Jesuiten bekannt zu machen. (Heiterkeit.)

Abg. v. Schorlemer-Mest: Der Abg. Birchom sagte, daß wir hier handelten und redeten auf Grund dessen, was die Jesuiten von uns verlangten oder uns riefen. (Auf: persönlich!)

Vizepräsident Graf Bethusy-Huc: Ich kann dem Redner nicht gestatten, eine persönliche Bemerkung im Namen seiner Partei zu machen.

Abg. v. Schorlemer-Mest: Ich kann darauf hinweisen, daß in einem ähnlichen Falle dem Abg. v. Seydel gestattet wurde, im Namen der national-liberalen Partei in einer persönlichen Bemerkung einen Vorwurf zurückzuweisen.

Vizepräsident Graf Bethusy-Huc: Ich erinnere mich dieses Präcedenz-falles nicht, weiß aber, daß sehr oft durch das Präsidium Redner, die sich zur persönlichen Bemerkung gemeldet, zurückgewiesen wurden, wenn sie nicht für ihre eigene Person, sondern im Namen ihrer Partei sprechen wollten. Der Name des Abg. v. Schorlemer ist aber vom Abg. Birchom gar nicht genannt worden.

Abg. v. Schorlemer-Mest: Der Abg. Wehrenpennig hat meinen Namen allerdings genannt; ich kann nur bemerken, daß ich auf die albernsten Phrasen, die er vorgebracht, nichts zu erwidern habe. (Auf: Oh! zur Ordnung!)

Vizepräsident: Ich rufe den Abg. v. Schorlemer wegen des gegen einen Abgeordneten geäußerten, völlig unparlamentarischen Ausdrucks „alberne Phrasen“ zur Ordnung.

§ 1 wird hierauf angenommen; ebenso ohne Discussion die übrigen Paragraphen des Gesetzes.

In namendlicher Abstimmung wird sodann das ganze Gesetz mit 230 gegen 92 Stimmen vom Hause genehmigt.

Schluß 4½ Uhr. Nächste Sitzung Dienstag 11 Uhr. Tagesordnung: Antrag Hänel wegen Abänderung der Geschäftsordnung, Gesetzentwurf, betreffend die Mobilien-Feuerversicherung in dem früheren Fürstenthum Hohenzollern-Sigmaringen und Petitionen.

Berlin, 15. Mai. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat den Regierungsrath v. Jagow zu Straßburg zum Landrath des Kreises Göttingen; und den Dr. Antonius von der Linde zu Arnheim zum Bibliothekar der Landesbibliothek zu Wiesbaden ernannt.

Der Kreisrichter Döring in Schubin ist unter Ernennung zum stellvertretenden Intendantur-Assessor in der Militär-Verwaltung und zwar bei der Intendantur V. Armee-Corps angestellt worden. — Die Intendantur-Secretaire Wesendorff, Scheifers, Glagan, Seydel, Weyer und der Intendantur-Registrator Wintler sind zu Geheimen erpedirenden Secretairen und Calculatoren, die Intendantur-Registatoren Bremer, Siebach, Busch und Vetter zu Geheimen Registratoren im Kriegs-Ministerium ernannt worden. — Am evangelischen Schullehrer-Seminar zu Drumburg ist der zweite Lehrer Drosch von der geborenen Knaben-Schule zu Köslitz als ordentlicher Lehrer angestellt worden. Der Seminar-Büchsehrer Jos. Scholz zu Reiskreisbach ist als ordentlicher Lehrer an das katholische Schullehrer-Seminar zu Ziegenhals berufen worden. An dem katholischen Schullehrer-Seminar zu Reiskreisbach ist der Lehrer Hölzel zu Lauenburg bei Kattowitz als Hilfslehrer angestellt worden. An der Präparandenanstalt zu Rathe, Regierungsbezirk Stettin, ist der Hauptlehrer Rosenthal von der Programmnastal-Vorschule zu Garz a. O. als zweiter Lehrer angestellt worden.

Berlin, 15. Mai. [Se. Majestät der Kaiser und Königin] empfing am Sonnabend, Nachmittags 4 Uhr, den großherzoglich hessischen Ministerpräsidenten Hoffmann und holte nach 8 Uhr Se. Majestät den Kaiser von Rußland vom russischen Palais ab, um Allerhöchstdieselben nach dem Potsdamer Bahnhofe zu geleiten, von wo aus um 8½ Uhr die Abreise Sr. Majestät des Kaisers Alexander stattfand. Gestern im Laufe des Tages empfing Se. Majestät den Feldmarschall Freiherrn von Manstein, den General der Infanterie und Chef der Admiralität von Stosch, den Generaladjutanten von Albedyll, den Obersten und Commandeur des Niederrheinischen Füsilier-Regiments von der Burg und den Kaiserlichen Generalconsul Grafen Bray. — Heute Vormittag nahm Se. Majestät der Kaiser und Königin den Vortrag des Chefs des Civilcabinetts, Geh. Cabinetrathes von Wilmowski, sowie die Meldung des Generalinspecteurs der Artillerie, Generals der Cavallerie von Pobjelski, entgegen.

[Se. Kaiserliche und Königliche Hoheit der Kronprinz] nahm am Sonnabend, den 13. d., an dem Dejeuner bei dem Officiercorps des Kaiser Alexander Garde-Grenadier-Regiments Theil und ertheilte Nachmittags dem Baurath Adler Audienz. Ihre Kaiserliche und Königliche Hoheit die Kronprinzessin, welche um 2 Uhr vom Neuen Palais herübergekommen war, empfing den Geheimen Regierungsrath Lüders und die Gräfin von Versen. — Nachmittags 5 Uhr fand bei Ihren Kaiserlichen Hoheiten zu Ehren Sr. Majestät des Kaisers von Rußland ein größeres Diner statt, an welchem Seine Majestät der Kaiser und Königin, die hier anwesenden Mitglieder der königlichen Familie und kaiserlichen Gäste, der russische Reichskanzler Fürst Gortschakoff, der österreichisch-ungarische Minister des Aeußeren, Graf Andrássy, die Votschafter Rußlands und Oesterreichs, der Staats-Secretair v. Bälou, sowie die fremden Gesandte Theil nahmen. — Um 7¼ Uhr Abends wurde der neu ernannte türkische Votschafter Edhem Pascha von Ihren Kaiserlichen Hoheiten in besonderer Audienz empfangen. Um 8¼ Uhr begaben sich Ihre Kaiserlichen Hoheiten zur Verabschiedung von Sr. Majestät dem Kaiser von Rußland nach dem Potsdamer Bahnhofe und kehrten gegen 9 Uhr nach Potsdam zurück.

[Se. Majestät der Kaiser von Rußland] folgte in Begleitung Sr. Majestät des Kaisers und Königs, wie bereits gemeldet, am Sonnabend Mittag 12 Uhr einer Einladung des Kaiser Alexander Garde-Grenadier-Regiments Nr. 1 zum Dejeuner. Der Hof der Kaserne und das Innere des Gebäudes war von den Mannschaften festlich mit Fahnen und Flaggen, mit Bronze- und Gipsbüsten, sowie mit Wappenschildern geschmückt. Laubgewinde zogen sich die Wände entlang und spannten sich in weiten Bögen von Baum zu Baum. Der Kasernenhof war durch einen sauber mit weißem Sand bedeckten, breiten Gang, auf welchem in rothem Kies zahlreiche Schablonierungen des russischen und preussischen Adlers angebracht waren, durchschnitten; Lorbeerbäume und Blattpflanzen säumten den Gang, zu dessen beiden Seiten sich Flächen mit rothem Kies hinzogen, die mit weißen Kaiseradlern gezeichnet waren. Der ganze Fußboden bot den Anblick eines Teppichs dar, an dessen Rand sämtliche Mannschaften des Regiments mit den Unteroffizieren aufgestellt waren, während das Officiercorps sich am Eingange des Mittelportals versammelt hatte. — Kurz vor 12 Uhr erschienen als Gäste des Regiments die Prinzen des königlichen Hauses und die fremden Fürlichkeiten, das militärische Gefolge Sr. Majestät des Kaisers von Rußland, sowie viele andere fremde und hiesige Offiziere und nahmen im Innern des Kasernenhofes am Eingange Stellung. Um 12 Uhr fuhren beide kaiserliche Majestäten vor und wurden von dem Officiercorps am Portale empfangen; Se. Majestät der Kaiser von Rußland trug die Uniform Allerhöchstdieses Regiments, während Se. Maj. der Kaiser und Königin die Uniform ihres mit dem Regiment correspondirenden Garde-Gren.-Landwehr-Regiments angelegt hatte. — Unter den Klängen der von zwei Musikcorps ausgeführten russischen Nationalhymne, an die sich der Kaiser Alexander-Marsch schloß, erfolgte der Rundgang beider kaiserlichen Majestäten und die Festigung des Regiments, dessen Mannschaften die Monarchen mit lauten Hurrahs begrüßten. — Die Allerhöchsten Herrschaften traten alsdann durch den Mittelgang in den Garten und begaben sich nach den Räumen des Officiercasinos, welche mit den Delgemälden der drei Allerhöchsten Chefs des Regiments, und mit denen Sr. Majestät des Kaisers und Königs und der preussischen Könige geschmückt sind. Den Ehrenplatz an der Festtafel nahmen Se. Majestät der Kaiser von Rußland ein; zur Rechten hatten Se. Majestät der Kaiser und Königin, zur Linken Se. Kaiserliche und Königliche Hoheit der Kronprinz Platz genommen.

(Die von beiden Kaisern ausgebrachten Trinksprüche haben wir bereits mitgetheilt.)

Berlin, 15. Mai. [Berliner Conferenzen.] In der Conferenz der drei Kaiserreiche einigte man sich, daß ein Waffenstillstand zwischen der Pforte und den Insurgenten auf die Dauer von zwei Monaten abgeschlossen werde. Während dieser Zeit sollen directe Verhandlungen zwischen der Türkei und den Insurgenten geführt werden. Letztere werden als kriegsführende Macht anerkannt, in demselben Umfange, wie diese Qualifikation während des amerikanischen Secessionskrieges den Südstaaten erteilt wurde. Die verbündeten Mächte werden die Ausgleichsverhandlungen ihrerseits nach Kräften unterstützen und betrachten als die Grundlage derselben das Andrássy'sche Reformproject mit wichtigen Erweiterungen. Diese Erweiterungen bestehen in dem Vorschlage des Fürsten Gortschakoff, Montenegro durch eine Gebietsverweiterung im Westen und Nordwesten (Theile der Herzegowina und Bosnien) zu entschädigen. Als Motiv wird von dem russischen Kanzler angeführt, daß die montenegrinische Bevölkerung unter den Wehen des Krieges jumeist zu leiden hatte und daß, wenn Montenegro diese Gebietsverweiterung erlangt, alsdann dem Kriege ein Ende gemacht und der dortigen Bevölkerung eine friedliche Existenz zurückgegeben würde. — Sollte ein Waffenstillstand oder ein Ausgleich nicht zu Stande kommen, dann tritt die Intervention der Mächte ein, um die bedrohten Interessen der christlichen Bevölkerung zu schützen. Zu diesem Ende werden, wie wir gestern meldeten, neue Kriegsschiffe der verbündeten Mächte nach dem Orient abgehen, die aber nicht unter ein gemeinschaftliches Commando, sondern unter den speciellen Befehl ihrer Commandeure gestellt werden. Von deutscher Seite wird am 19. d. M. ein Geschwader von 4 Panzerschiffen nach den türkischen Gewässern

auslaufen. Es ist jedoch die Nachricht mit einiger Reserve aufzunehmen, daß Salonichi ausschließlich der Bestimmungsort des deutschen Geschwaders ist, welches gegenwärtig 8 Kriegsfahrzeuge zählt. Gewiß ist, daß in Kiel und Wilhelmshafen Ordres zur weiteren Ausrüstung von Schiffen angelangt sind. — Nach den uns zukommenden Mittheilungen ist es richtig, daß der deutsche Reichskanzler in Gegenwart des Fürsten Gortschakoff und des Grafen Andrássy den Gesandten der Signaturmächte des Vertrages von 1856 die Note der verbündeten Regierungen vorgelesen habe. Bis zur Stunde fehlen die Antworten der französischen, englischen und italienischen Regierung auf die Note der verbündeten Mächte. Konsequenzen daraus zu ziehen, wie dies hier bereits geschieht, erscheint jedenfalls verfrüht. Aber man fragt: Ist es wahr, daß Frankreichs Einfluß bei der Einsetzung des türkischen kriegsräthlichen Ministeriums maßgebend war? Soll England gleichfalls um die Serailintrigue gewußt haben? Was geschieht dann, wenn die Türkei die Propositionen der drei Kaiserreiche ablehnt? Letztere wichtige Frage beantwortet man in Form eines Dementi: Die Intervention der Mächte ist, wie uns von einigen Seiten irrtümlich mitgetheilt wird, nicht aufgegeben, sondern vom Fürsten Gortschakoff auf Verlangen Oesterreichs und Deutschlands in der Conferenz zurückgezogen worden. Dabei ist nicht ausgeschlossen, daß rechtzeitig sich ein österreichisch-russisches Observationscorps an der türkischen Grenze aufstellt und deutsche Transportschiffe mit Landungstruppen an Bord nach den levantinischen Gewässern abgehen. Was die Insurgenten anbelangt, so darf nicht bezweifelt werden, daß die Gebietsverweiterung Montenegros in ihren Wünschen liegt. Ihr diplomatischer Agent, Herr Wesselski, betonte hier mit besonderem Nachdruck diesen Wunsch. Somit ist Seitens der Insurgenten darauf zu rechnen, daß sie auf die Forderung eines zwei-monatlichen Waffenstillstandes eingehen.

[Die hiesigen Votschafter von Frankreich und Italien] haben das volle Einverständnis ihrer Regierungen mit den Beschlüssen der Berliner Conferenz amtlich ausgesprochen.

Köln, 14. Mai. [Explosion.] Ueber die am 13. in Köln vorgekommene Explosion berichtet die „Köln. Ztg.“: „Gegen 11 Uhr Vormittags vernahm die Bewohner des Cumberg-Klosters und der umliegenden Straßen einen fürchterlichen donnerähnlichen Schlag, der die Häuser erbeben machte. Im selben Augenblick flogen große und kleine Giebeltheile, ganze und zerstückte Balken, Bretter, Zink-Fassungen, Dachpfannen und Steine, letztere in großer Menge, durch die Luft und fielen in die Nähe der Cumberg-Kirche liegenden Gärten und Straßen, auf die Dächer und durch die Fenster in die Wohnungen nieder. Die Bewohner liefen voll Angst und Schrecken zusammen oder stürzten hinaus ins Freie, in dem Glauben, ein mächtiges Erdbeben habe die Stadt heimgesucht. Nach einigen Sekunden, als der Stein- und Balkenregen zu Ende war, wandte man sich dem Orte zu, von wo das entsetzliche Ereigniß ausgegangen. Es war das am Cumberg-Kloster zwischen den dichtbevölkerten obengenannten Straßen und in nächster Nähe des Marien-Hospitals gelegene Etablissement von Ferd. Mayer, „Fabrik für mechanische Weberei von Laing, Serge de Verry und Schuß-Glaciés“. Hier bot sich nun ein schauerhafter Anblick dar. Das Maschinenhaus der Fabrik lag in Folge einer Kessel-Explosion vollständig in Trümmern, die meisten der dabeistehenden gemauerten Arbeiter unter denselben begraben. Drei kleine Häuser waren durch die Gewalt der Explosion ebenfalls eingestürzt. An dem Marien-Hospital hatte die fürchterliche Katastrophe mehrere Fenster herausgerissen. Von zwei Kesseln war der eine der Länge nach durch die Fabrik geschleudert worden, während der andere in mehrere Theile zertrümmert den Weg durch das Dachwerk in die Höhe genommen hatte. Ein mächtiger Theil desselben, dessen Schwere man auf 30 Ctr. schätzte, war wohl 150 Fuß weit über ein etwa 35 Fuß hohes Haus der Krabben-Gasse mit solcher Wucht gegen das gegenüberliegende Haus geworfen worden, daß er einen Theil der Vordermauer mit einem Fenster weggerissen hatte. Dieser Kesseltheil lag in der Krabben-Gasse. Ein zweites großes Stück des Kessels war noch weiter, etwa 300 Fuß, durch die Luft geflogen, hatte in seinem Falle an der hinteren Seite eines neuen Hauses das Dach zertrümmert und war bis auf die zweite Etage des Gebäudes durchgeschlagen. Der ganze Glas-Dachstuhl des noch weiter abliegenden Schlachthofes waren Ventile, sonstige Giebeltheile, Steine und Holztrümmer niedergefallen. Fast alle Häuser in der Nachbarschaft der Unglücksstelle hatten mehr oder weniger an Dächern, Mauerwerk und Fenstern gelitten. Sofort wurde die Feuerwehr auf telegraphischem Wege nach dem Orte des Schreckens beschiedet. Drei Minuten später brauste dieselbe heran. Auch aus den Kasernen trafen bald Mannschaften zur Hülfeleistung ein. Nun wurden die zu der Fabrik und den eingestürzten Häusern führenden Straßen abgesperrt, und dann mit Ausbietung aller Kraft die Trümmer weggeräumt, um zu den unter denselben Begrabenen zu gelangen und ihnen, wenn möglich, Rettung zu bringen. Gegen 11 Uhr hatte man 17 Personen unter den eingestürzten Gebäuden hervorgezogen. Von diesen waren fünf todt und sieben schwer verletzt. Die Verstümmelungen einzelner Leichen sollen gräßlich sein. Ob durch die durch die Luft geschleuderten Kesseltheile, Balken, Steine u. s. w. erhebliche Verletzungen vorgekommen, konnte man nicht erfahren. Es scheint jedoch, daß größere Unglücksfälle außer den durch den Einsturz herbeigeführten nicht zu befürchten sind. Von den in der Fabrik beschäftigt gewesenem Arbeitern und Mädchen wurden gegen 1 Uhr noch mehrere demüthet. Einer Frau, welche in gebieter Stellung in ihrem an der Krabben-Gasse liegenden Hofraum mit Reinigen der Kartoffeln beschäftigt war, schlug ein Balken über den Kopf weg, nahm das Bleirohr der Brunnen-Pumpe fort und lag dann, ohne ihr den geringsten Schaden zugefügt zu haben, vor ihren Füßen am Boden. Ueber die Entstehung des Unglücks ließ sich bis jetzt noch nichts feststellen.

Baden-Baden, 15. Mai. [Der König und die Königin von Belgien] haben sich heute früh von hier zum Besuch des Kaisers von Rußland nach Ems begeben und werden heute Abend von dort ihre Reise nach Brüssel fortsetzen.

Provincial-Beitrag.

+ Breslau, 15. Mai. [Keine Rinderpest.] In Bezug auf die fürliche Nachricht, wonach im Bendziner Kreise die Rinderpest ausgebrochen sein sollte, können wir aus kompetenter Quelle Folgendes berichten: „Das kaiserliche Deutsche General-Consulat in Warschau hatte der königlichen Regierung in Pöpln amtlich den Ausbruch der Rinderpest in Pömba, Bendziner Kreise, nicht allumweit von der Landesgrenze des Tarnowitzer Kreises, angezeigt. Dasselbe hatte besonders darauf hingewiesen, daß die Suche als Rinderpest in dem amtlichen Warschauer Tageblatte constatirt war. Die königl. Regierung zu Pöpln hatte bereits die Anordnung der fast absoluten Grenzsperrung nach den Grundrissen des § 7 der revidirten Instruction vom 9. Juni 1873 in Aussicht genommen und zwar mit Hülfsnahme von Truppen, vorher jedoch den königl. Kreis-Ärzt Dr. Wolff aus Pleß an Ort und Stelle entsendet, um sich über die Art der angeblichen Seuche durch Einnahme des Augenscheines zu überzeugen. Dieser Veterinär hat mit Bestimmtheit die Seuche nicht als Rinderpest, sondern als eine epidemische Lungentranche unter dem Rindvieh constatirt. Hiernach bleibt den drei Kreisen Lublitz, Tarnowitz, Beuthen und Ratibitz die Einführung obiger verhängnisvoller Grenzsperrung glücklicherweise erspart.“

[Angekommen:] Se. Durchlaucht Prinz Biron v. Eurland, Oberst-Escort und freier Standesherr, a. Poln.-Warthenberg. Se. Durchlaucht Prinz Carl zu Hohenlohe-Ingelfingen, a. Schloß Drönitz. Se. Excellenz Graf v. Maliban, Ober-Erb-Kammerer von Schlesien und freier Standesherr, a. Mittelsch. Melbahl, tgl. dänischer Staatsrath u. Frau, a. Kopenhagen. (Fremdenbl.)

[Notizen aus der Provinz.] * Gr. Glogau. Der hiesige „Anzeiger“ meldet, daß zu dem im Laufe dieses Sommers zwischen Unruhstadt und Jälichanden Cavallerie-Regiment der 9. Cavallerie-Brigade das Erscheinen Sr. Majestät des Kaisers, des Kronprinzen und mehrerer hohen Offiziere in Aussicht steht. Dem Vernehmen nach wird Se. Majestät in dem Schlosse Hainersdorf bei Jälichanden, welches dem Landrathe Freiherrn v. Unruh-Bomst gehört, Wohnung nehmen und werden dabeist bereits umfassende Vorbereitungen zu seinem Empfange getroffen.

+ Görlitz. Die „Nied. Ztg.“ meldet: Aller Warnungen ungeachtet hat die able Angewohnheit, Petroleum aus der Flasche ins Feuer zu gießen, schon wieder ein junges blühendes Mädchenleben gekostet. Ein bei einer Herischaft auf der Mollstr. dienendes, etwa 17 Jahr altes Mädchen beging am Sonnabend die Unvorsichtigkeit, Petroleum direct aus der Flasche in das Feuer einer Petro-

